

uchtabaf,
arren und
aretten
empfeht
rich, Feldronnach
spüler od. Spülerin,
mädchen und
tochter
Bewerbungen unter
an die Geschäftsstelle
älers".
erniebelbach.
ere
Ruh
amt Kalb
laufen
Christian Mittel.
chte, jedoch noch gut.
Instrumente
kaufen gesucht.
ragen in der Geschäfts-
Bl.
almbach.
fe
ändiges Bett,
isch
Marmorplatte,
arl Eitel, Hofenerstr.
u vorgeschriebenen
formulare
zu
bedarfscheinen
haben in der
druckerei ds. Blattes.
rakt. Weihnachtsgeschenke!
Zählhe, Näherin"
P. N. G. M.
verkanntes System für alle
Arbeiten an Leder,
Schuhe, Filzen, Federn,
Geschirren usw.
St. u. 3 Rad. u. Garn 1.50
St. 10. —, 10 St. 2. —
H. Schusterbreitische 4.50
H. Schusterbrümmers 2.50
Real für die Lichtnot Reul
zum Füllen
leuchter
stoff oder Benzin, Benzol,
im, das St. 3.50,
Hölzer 6 St. 4.50,
off, d. Flasche 1.50.
gegen Nachnahme durch
industrie, Stuttgart,
ngerstr 80, Tel. 7861.
Verkäufer hohen Rabatt!

Preis vierteljährlich:
in Neuenburg M 2.25.
Durch die Post im Orts-
und Oberamts-Verkehr
M 2.25, im sonstigen
inländ. Verkehr M 2.35
und 30 Pf Postbestellgeld.

Bestellungen nehmen alle Post-
stellen ab in Neuenburg die
Besteller jederzeit entgegen.
Strakants Nr. 24 bei der
O.N.-Eisenbahn Neuenburg.
Telegraphenbeleg:
„Enztäler“, Neuenburg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg.
Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Anzeigenpreis:
die einspalt. Zeile 15 Pf
bei Ankaufverteilung
durch d. Geschäftsst. 30 Pf.
Reklame-Zeile 40 Pf.
Bei öfterer Aufnahme
entsprechender Nachschlag
der im Falle des Mahn-
verfahrens. hinfällig wird.
Schluß der Anzeigen-
Annahme 5 Uhr vorm.
Fernsprecher Nr. 4.
Für fernrhetorische Beiträge wird
keine Gewähr übernommen.

Nr 292. Neuenburg, Freitag den 13. Dezember 1918. 76. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 11. Dez. Die vorläufige Regierung hat in einer heute vormittag gehaltenen Sitzung den Beschluß gefaßt, den Wahltermin für die verfassungsgebende württembergische Landesversammlung, der ursprünglich auf 26. Januar festgesetzt war, auf den 12. Januar zu verlegen.

Stuttgart, 11. Dez. In der Wahlordnung für die verfassungsgebende württ. Landesversammlung ist deutsche Staatsangehörigkeit als Voraussetzung des Wahlrechts beschlossen worden. Ein Hindernis für die möglichst rasche Erledigung der Einbürgerungsanträge bildet die gesetzliche Bestimmung, wonach die Einbürgerung in einen Bundesstaat erst erfolgen darf, nachdem durch den Reichslanzler festgestellt worden ist, daß keiner der übrigen Bundesstaaten Bedenken dagegen erhoben hat. Zwischen der württ. Regierung und dem Reichsamt des Innern schweben Erörterungen wegen geeigneter Abhilfe.

Stuttgart, 11. Dez. Laut Berl. Vol. Anz. berichtete die „Neue Züricher Ztg.“, daß in Zürich ein Kurier des Stuttgarter A. und S. N. abgefangen wurde, der von Liebknecht verfaßte Broschüren zu Propagandazwecken unter den Jungburschen einzuschmuggeln versuchte. Demgegenüber schreibt die „Schwab. Tagwacht“: Wir können auf Grund unserer Erkundigungen an zuständiger Stelle bestimmt erklären, daß der Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrat keinen Kurier mit Liebknecht'schem Propagandamaterial, daß er überhaupt keinen Kurier nach der Schweiz entsandt hat, und daß deshalb auch kein „Kurier“ des Stuttgarter A. und S. N. abgefangen werden konnte.

Stuttgart, 11. Dez. Auf Ansuchen des Generalkommandos ist das Hauptpostamt gestern durch den Garnisonrat militärisch besetzt worden. Nach der Schwab. Tagwacht stellt das Vorgehen lediglich eine Schutz- und Sicherheitsmaßnahme dar.

München, 11. Dez. Die Truppen des bayerischen Schießplatzes Grafenwörth haben nach dem Vorbilde ihrer Offiziere sich geweigert, die Eidesformel, die sie auf die neue Regierung Kurt Eisner verpflichteten sollte, anzunehmen. Die Vereidigung der Mannschaften wurde darauf vertagt. Die Offiziere gaben lediglich eine schriftliche Erklärung ab, wonach sie ihren Dienst in bisheriger Weise versehen würden, solange es Ehre und Gewissen zuließe, und bereit seien zu einem Treugelöbniß auf die bayerische Volkrepublik und einer aus Volkswahlen hervorgegangenen Regierung.

Trier, 12. Dez. Die deutschen Delegierten der Waffenstillstandskommission sind nunmehr sämtlich in Trier angekommen. Nachdem gestern morgen Staatssekretär Erzberger mit etwa 39 Personen und deren Begleitung von Berlin kommend im Hotel zur „Post“ abgestiegen war, kamen gestern nachmittag um 5 Uhr die deutschen Delegierten von Spa, unter ihnen General Winterfeldt, an. Letztere wohnen im Dom-Hotel. Es sind viele Personen. Bei ihrer Ankunft war der Hauptbahnhof durch amerikanische Truppen abgesperrt. Sowohl die Kommissionsmitglieder im Dom-Hotel, als die im Hotel zur „Post“ sind strengstens interniert. Niemand hat zu ihnen Zutritt. Die Vertreter der Alliierten sind noch nicht angekommen. Heute wird Marschall Foch in Trier eintreffen.

Berlin, 11. Dez. Von einem Angehörigen der aus Scapa Flow zurückkehrenden Truppenschiffe wird berichtet: Die deutschen Schiffe wurden unter strengster Bewachung interniert. Ein Verkehr zwischen deutschen und englischen Schiffen wurde nicht gestattet, ebensowenig der Verkehr der deutschen Schiffe untereinander. Die deutschen Schiffe wurden einer genauen Untersuchung unterzogen. Die amerikanischen Vertreter äußerten ihre Bewunderung über den deutschen Schiffsbau, besonders über das Linienschiff „Bayern“. In der ganzen alliierten Flotte gäbe es kein einziges so

vorzügliches Schiff, wie diesen deutschen Linienschiffstyp.

Berlin, 11. Dez. Auf Veranlassung der Reichsregierung ist die Entlassung der Herren Thyssen und der mit ihnen festgenommenen erfolgt. (Ihre Verhaftung erfolgte auf die Beschuldigung eines Kellners, daß sie an einer landesverräterischen Zusammenkunft zum Zwecke der Loslösung des niederheinisch-westfälischen Industriegebiets an Verhandlungen mit der Entente teilgenommen hätten.) Dazu bemerkt die „Berl. Börsenztg.“: „Wie man auch innerpolitisch zu den widerrechtlichen Verhaftungen stehen mag, so muß doch jeder billig Denkende es als einen Skandal bezeichnen, daß deutsche Staatsbürger auf die Anzeige eines Kellners hin unter dem Vorwand eines Hochverrats tagelang in Haft gehalten werden.“

Berlin, 11. Dez. Gegenüber den Meldungen, daß der Bürgerkrieg Berlin bedrohe und daß das Volk deshalb den Schutz der Alliierten und die Ausdehnung der Besetzung bis Berlin fordere, schreibt der „Berliner Vol. Anz.“: „So bellagenswert die inneren Zustände bei uns sind, daß das Volk den Schutz durch die Alliierten und Besetzung Berlins fordert, ist eine glatte Lüge. Nein, die Entente setzt solche Falschmeldungen nur in die Welt, weil sie nach einem Vorwand sucht, größere Gebiete von Deutschland zu besetzen, als ihr nach den Waffenstillstandsbedingungen gestattet ist.“ Konrad Haushmann über die politischen Ereignisse während des Kriegs.

Stuttgart, 12. Dez. In einer öffentlichen Versammlung in Rottemil sprach Konrad Haushmann über die politischen Ereignisse während des Kriegs. Dabei führte er u. a. aus: Nach dem Abgang Bethmanns habe er (Haushmann) Hindenburg nahegelegt, in Friedensverhandlungen einzutreten, wenn wir noch mindestens ein Jahr stark seien; denn schon damals habe sich die beginnende Erschöpfung bemerkbar gemacht, schon damals seien wir unserer Bundesgenossen nicht mehr sicher gewesen. Es hätte daher im Interesse von Reich und Armer gelegen, Verhandlungen einzuleiten. Die Regierung habe sich aber schwanke verhalten. Haushmann war im Dezember, Januar und Februar wiederholt in der Schweiz, um sich über die Lage genau zu unterrichten und hat seine Erfahrungen in einer Deutschrift an Hertling niedergelegt. Vor der letzten Märzoffensive waren wir stark, der Gegner fürchtete diese und damals wäre die beste Gelegenheit zum Friedensschließen gewesen. Der bekannte schweizerische Militärschriftsteller Stegemann schrieb in diesem Sinne in jener Zeit seine Meinung unverhohlen an Haushmann; dieser schickte das Schreiben Hertling; es kam in die Hände des Kaisers, Hindenburgs und Ludendorffs. Man meinte dazu, vieles sei sehr richtig, aber es geschah nichts. Stegemann war der Meinung, die deutsche Offensive läme höchstens bis Amiens und Reims; Ludendorff erklärte dies für ungenügend. Im Jahre 1917 war man daran, den Elsaß-Lothringern die Autonomie zu gewähren und verschiedene Beschränkungen aufzuheben; die Sache scheiterte an Ludendorffs Widerstand. Die Ernennung Graf Hertlings, der als bayrischer Ministerpräsident wegen der Gelüste Bayerns nach dem Elsaß und auch sonst belastet war, zum Reichslanzler, war ein Unglück. Haushmann verschiebte seine Bedenken hierüber gegen Valentini nicht und brachte im Oktober 1917 den Prinzen Max von Baden in Vorschlag, der, innerlich demokratisch, äußerlich Fürst, am besten die Brücke zwischen Regierung und Volk zu schlagen geeignet gewesen wäre. Aber er war dem Militär nicht genehm, weil angeblich zu weich. Die Demokratie hat die Ostfriedenspolitik für falsch gehalten und davor gewarnt; der Rückschlag ist nicht ausgeblieben. Den stärksten Schlag hat die deutsche Armee am 8. August d. J. erlitten. An diesem Tage war die Gefahr einer großen Niederlage in offener Feldschlacht, der Einschließung des Hauptteils des deutschen Heeres auf

höchste gestiegen. Die Württemberger haben die Situation gerettet, sonst hätten sich Engländer und Franzosen hinter unserer Front die Hände gereicht. Die deutschen Heere sind nicht geschlagen, sie sind dem Erschöpfungskrieg im Innern erlegen.

Die Regierung gegen jegliche Beschränkung der Pressefreiheit.

Berlin, 11. Dez. Der Rat der Volksbeauftragten erläßt unter Anführung besonders schwerwiegender Fälle folgende Bekanntmachung für die Pressefreiheit: In den letzten Tagen haben sich die Eingriffe von A. und S. Räten in die Pressefreiheit derart gehäuft, daß die Reichsregierung ihnen aufs entschiedenste entgegenzutreten muß. Die Reichsregierung verwahrt sich aufs entschiedenste gegen jede gewalttätige Beschränkung des freien Wortes. Sie fordert von den A. und S. Räten die völlige Aufrechterhaltung der Pressefreiheit, die einer ihrer ersten Programmpunkte ist. Es wird Aufgabe der Reichskonferenz der A. und S. Räte sein, zu erwägen, wie gegen lokale Organisationen vorzugehen ist, die sich solche willkürliche Handlungen zu schulden kommen lassen. Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Dittmann, Barth.

Das Treiben der Franzosen in Lothringen.

An Stuttgarter militärischer Stelle ist ein Bericht von Flüchtlingen des A. und S. Rates in Metz eingegangen, aus dem folgendes hervorzuhellen ist: In Metz und in ganz Lothringen internieren die Franzosen alle männlichen Personen, deren Eltern nicht schon vor 1870 in Lothringen gewohnt haben. Sie machen dabei keinen Unterschied, ob es Leute jenseits des wehrpflichtigen Alters sind, oder solche, die noch in diesem stehen, ebenso ob es ordnungsgemäß Entlassene sind oder nicht, gleichviel ob Offiziere, Unteroffiziere oder Mannschaften. Soweit bekannt, sind allein von Metz 380 Offiziere und 6000 Mann nach Nancy geschafft worden, von wo sie weiter nach Nordfrankreich gebracht werden sollen. Die Franzosen haben dabei das hinterlistige Mittel angewandt, einen Aufruf zu erlassen, wonach sich zu Zählungszwecken alle Nichtlothringer im Hotel Terminus melden sollten. Ein Nichtlothringer kann sich in Metz gar nicht aufhalten. Die bekannten französischen Schimpfnamen, wie Sale Boche, klingen in die Ohren. Die Bevölkerung sitzt ohne Kohlen, da die Vorräte alle weggeschafft wurden. Sämtliche Denkmäler sind von ihren Sockeln heruntergerissen worden unter Beihilfe von französischen Offizieren und Priestern.

Ausland.

Wien, 11. Dez. Der Berner Berichterstatter der „Neuen Freien Presse“ erzählt von einem Mitarbeiter des Obersten House über Wilsons Absichten in Europa. Dieser wolle nicht den Diktator in der europäischen Frage spielen, sondern nur seine moralischen Ideale mit dem ganzen Einfluß seiner Persönlichkeit vertreten. Amerika habe keinerlei Bündnis geschlossen, habe vielmehr völlig freie Hand. Wilson hoffe, die Londoner und Pariser imperialistischen Tendenzen durch seinen moralischen Einfluß zu bewältigen. In einem Gewaltfrieden würde Amerika nie teilnehmen, sondern unter Erhebung seines moralischen Einspruchs die Unterzeichnung verweigern. Der Bericht über den in London abgeschlossenen englisch-französisch-amerikanischen Annexionsblock bezeichnete dieser Gewährsmann als aus der Luft gegriffen.

Oslo, 11. Dez. Poincare hielt gestern in Kolmar und Mühlhausen seinen feierlichen Einzug. In Kolmar wurde Poincare, der von Clemenceau begleitet war, von den Gemeindebehörden und von General Costelnuau empfangen. Beim Empfang in Kolmar überreichte der Präsident der Tochter des Abgeordneten Freiß von Kolmar, der während des Krieges als deutscher Internierter verstorben ist, das Kriegskreuz.



Basel, 11. Dez. Von unterrichteter ameri- kanischer Seite wird mitgeteilt, daß Amerika unter keinen Umständen der Forderung Englands und Frankreichs auf Annexion von linksrheinischem deutschem Gebiet zustimmen werde. Die Vereinigten Staaten könnten angesichts des äußerst ameri- kanistischen Gebahrens ihrer kontinentalen Verbündeten auf keinen Fall der von England verlangten Abstüt- zung beipflichten.

London, 11. Dez. Lord Robert Cecil sagte in einer Versammlung in Leichworth, die einzige befriedigende Regelung würde sein, daß die Allier- ten feststellen, wieviel Deutschland zahlen könne, und daß sie die betreffende Summe verlangen und unter diejenigen der Alliierten, die darauf Anspruch haben, verteilen. Ein Unterschied zwischen Wiedergut- machung, Kompensation und Kriegsschadigung sollte nicht gemacht werden. Deutschland müsse bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit zahlen.

London, 11. Dez. „Daily Express“ hört, daß zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staa- ten informatorische Besprechungen über die Freiheit der Meere im Gange sind, bei denen Wilson kon- krete Vorschläge machte, wie er den Forderungen Englands bezüglich des Rechts der Durchführung des Konterbandengesetzes und des Blockadengesetzes gerecht werden könnte.

London, 10. Dez. Churchill sagte in einer Rede, die er über die finanziellen Fragen hielt, unter anderem, England sei an die Vereinigten Staaten sehr verschuldet. Es habe für 400 Mill. Gold und 800 bis 1000 Millionen Wertpapiere nach Amerika geschickt. Die Zinszahlung für die Schulden und die Zinsverluste für Wertpapiere wür- den mehrere Jahre hindurch England eine sehr ernste Bürde auferlegen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 12. Dez. Die Beschlagnahme der Wäsche in Gastwirts- und ähnlichen Betrieben, sowie in WäscheausstattungsGeschäften ist durch eine Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 7. Dezember aufgehoben worden. Die Besitzer solcher Wäsche können sie danach wieder beliebig in ihrem Betriebe verwenden oder verarbeiten. Die Veräußerung dagegen ist nur ohne Gewinn und nur an Wiederverkäufer, nicht aber an Ver- braucher gestattet. Das Tischdeck- und Mundtuch- verbot mußte zunächst noch aufrecht erhalten bleiben.

Wildbad, 11. Dez. Nachdem der Arbeiterrat Wildbad seitens der hiesigen Stadtverwaltung die Zusicherung erhielt, daß eine ständige Kontrolle über die Lebensmittel-Ausgabe etc. aufrecht erhalten bleibt, hat der Arbeiterrat Wildbad auf Antrag des Vorstehenden, Herrn Banddirektor Rath, einstim- mig beschlossen, seine Tätigkeit einzustellen und sich aufzulösen. Hierdurch dürfte auch die Notwendigkeit der Aufstellung eines Bürgerrats wegfallen. Der für die hiesigen Lazarette, Kothorinenstift, Militär- Kuranstalt und Krankenheim aufgestellte Soldaten- rat wickelt sich auf rein militärische, interne Angele- genheiten der genannten Anstalten beschränkt.

Württemberg.

Stuttgart, 11. Dez. Die gestern nachmittag aus einem Flugzeug abgeworfenen Flugblätter trugen die Unter- schrift: „Eure Kameraden der Fliegerabteilung Böblingen.“ In Böblingen und Sindelfingen wußte man jedoch, wie sich nachher herausstellte, von der ganzen Geschichte nichts. Man muß demnach annehmen, daß die ganze Sache blumper Schwindel ist, nur dazu erfunden, um die Ruhe und Sicherheit der Bürgerschaft zu führen und dalkschweidliche Propaganda zu treiben. — Hedrigens wurden auch in Leub- berg, Ehlingen, Böppingen, Ulm und Heilbronn Flugblätter deselben Inhalts abgeworfen.

Tübingen, 12. Dez. In einem Anlaß von Schwermur- der die Tochter eines hiesigen Regiments den Tod im Redar

gelacht. Die Unglückliche war, wie wir der Tab. Chronik entnehmen, durch die Nachricht von dem Helmentos ihres Bruders so erschüttert, daß sie das seltsame Gleichgewicht verlor. Die Leiche wurde noch nicht gelandet.

Keutlingen, 12. Dez. Die Schuhmachersfrau Bahlen- mayer sollte im Haus ihrer verstorbenen Tochter in der Speuer- straße deren Kinder besorgen. Sie scheint aber mit dem Leucht- gas unvorsichtig gewesen zu sein. Am vergangenen Tag sand der Mann die Frau und 2 Kinder tot in ihren Betten. Sie waren an Kohlenvergiftung gestorben.

Baden.

Rehl, 11. Dez. Zwei Fischer, die in der Gegend von Kucenheim mit ihrem Boot das badische Ufer gewonnen woll- ten, wurden gestern von den Franzosen erschossen. Der eine, Ludwig Konstantin aus Oppenheim a. Rh., erhielt einen Bauchschuß und war gleich tot. Der andere wurde durch den Kopf getroffen und starb bald an dieser Verletzung. Der Vater der beiden Söhne, der mit im Boot war, blieb unverletzt. Die verlorne, sollten den Leuten, die am eifrich- schen Ufer mit ihren Schiffen festgehalten wurden, von den Franzosen die Lebensmittel verweigert worden sein, so daß sie verhungerten, auf badische Seite zu entkommen.

Rehl, 11. Dez. Nach der Keitler Hg. muß auch der frühere Bürgermeister von Sträßburg und letzte Statthalter von Elsas Votbringen, Dr. Schwander, jetzt außerhalb seines Heimatlandes leben.

Karlsruhe, 12. Dez. Ein hiesiger Bürger hatte sich wegen des Schicksals der noch in der Ukraine lebenden deutschen Truppen, bei welchen sich auch sein Sohn befindet, an Generalfeldmarschall von Hindenburg gewandt und er- hielt daraufhin eine Antwort, in welcher es heißt, daß Grund zur Beforgnis wegen der Märsche unserer Truppen aus der Ukraine nicht vorhanden ist. Ihre Heimbeförderung ist im Gange. Die 212. Inf.-Div. hat bereits mit dem Anfang Deutschland erreicht, die 7. Landwehr-Div. und die 2. Ka- vallerie Divisionen Polen. Bis alles nach Deutschland zurück- geföhrt ist, werden allerdings voraussichtlich noch etwa 2 Monate vergehen.

Kerzburger, 11. Dez. Rechtswürdige Einkommensver- hältnisse herrschen nach der Kauf. Hg. hier. Die Regierung bewilligt auf Kosten der Allgemeinheit den von ihr hervor- ragenen Klassen weit höhere Sätze, während sie den bei ihr weniger beliebten Angehörten aus höheren Kreisen ihre Be- löhne herunterdrückt. So ist der bestbezahlte Mann des Kerzburger Kasarets der Oberstleutnant. Er erhält bei neunmündiger Arbeitszeit freie Station und Kleidung und bar 300 Mark monatlich. Jeder weitere Schupser hat noch 200-300 Mark Geld! Der Oberarzt, welcher in fast täglich- den Operationen seine Gesundheit opfert bekommt bei täg- lich 10-12 stündiger Arbeitszeit gegen 400 Mark, muß da- von aber Kleidung, Essen und Wohnung, selbst bezahlen, wobei ihm nur 200 Mark übrig bleiben. Der Oberarzt kommt mit seinen 150 Mark überhaupt nicht aus, sondern lebt noch 50 Mark zu.

Handel und Verkehr.

Ulm, 9. Dez. Zugelöhrt waren 105 Milchschweine. Bei lebhaftem Handel zogen die Preise etwas an. Es wurde bezahlt für ein Stück 1. Wahl 78-85 Mk., 2. Wahl 70 bis 77 Mk., 3. Wahl 60-69 Mk.

Weil der Stadt, 9. Dez. Der Futtrieb zum heutigen Markt betrug 9 Körbe mit 72 Stück Milchschweinen. Käufer waren keine zugeföhrt. Bezahlt wurde für 6 Wochen alte Schweine 150-160 Mk., Milchschweine 2. Sorte 90-100 Mk. pro Paar. Zufuhr geräumt.

Letzte Nachrichten u. Telegramme.

München, 12. Dez. In einer großen Volks- versammlung hat Eisner gestern abend seine Genossen, denen gegenüber er sich als radikal bekannte, zur Ruhe gemahnt. Sie sollten absehen von ihrem Vor- haben, damit die Entente nicht einmarschiere. Die Einberufung der Nationalversammlung erklärte er als unbedingt nötig.

Ludwigsbafen, 12. Dez. In Dürkheim wurde ein Marokkaner von Zivilisten angefallen; die Schuldigen konnten nicht ermittelt werden. Der Stadt droht im Wiederholungsfalle schwere Strafe. Auch in Landau wurden französische Militärpersonen belästigt. In Kaiserlautern haben die französischen Offiziere an die Kinder größere Mengen Weißbrot und Speck verteilt.

Köln, 12. Dez. Die Engländer, besonders aber die Schotten, geben in der Beschlagnahme von

kleinen Wohnungen und ganzen Häusern rücksichts- los vor. In den Vororten wird sehr viel geplün- dert. Alle Theater mußten gestern geschlossen werden.

Berlin, 12. Dez. In politischen Kreisen der Reichshauptstadt besteht kein Zweifel, daß die Er- klärungen der Spartakusgruppe und ihre Betätigung in Berlin nur das Vorpiel für die große Ent- scheidungssaktion Liebknechts und der Kommunisten ist.

Berlin, 12. Dez. Die „Deutsche Allg. Hg.“ bestätigt jetzt, daß Dr. Solf erneut sein Abschieds- gesuch eingereicht hat. Eine Entscheidung ist freilich noch nicht getroffen worden. Die „Germania“ meint, die Veranlassung zu diesem Entschluß sei die Tatsache, daß die Volksbeauftragten Barth und Paase Geld, wahrscheinlich aus russischer Quelle, zum Ankauf von Waffen für den Bürgerkrieg er- halten hätten. Daß die Kreise um Barth tatsächlich an die Entseffung des Bürgerkriegs denken, hat der Volksbeauftragte Emil Barth ganz offen zu- gestanden.

Berlin, 12. Dez. Ein offener Funkspruch der Moslauer Regierung erhebt Anspruch auf die Herausgabe von 22 Millionen, die beim Berliner Bankhause Mendelssohn u. Co. seitens der früheren Vertretung der Sowjetregierung deponiert sind.

Haag, 12. Dez. Wie uns ein zuverlässiger Gewährsmann aus der Umgebung des Kaisers be- richtet, hat der Kaiser in einem Anfall von Trüb- sinn versucht, sich das Leben zu nehmen; (1) die Kugel ging aber fehl und verletzle einen der Herren aus seinem Gefolge, die ihn im letzten Augenblick an der Ausübung der Tat verhindern wollten. Der Kaiser, der nun gänzlich gebrochen ist, hat daraufhin sein gesamtes Gefolge nach Deutschland zurückgeschickt.

Budapest, 12. Dez. Nach den Ausweisen der ungarischen Presse hat Oesterreich-Ungarn während des Weltkriegs an Toten, Verwundeten und Kranken 4 Millionen Menschen verloren. Die Zahl der Toten allein übersteigt 800 000. Insgesamt sind 13 000 Offiziere gefallen, was 18,25% des Offiziers- bestands ausmacht, darunter waren 5 Herzöge, 53 Grafen, 70 Barone, 90 Ritter, 370 Edle. Jedoch ist kein Mitglied der Familie Habsburg und Parma zu Schaden gekommen.

Telegramme.

Berlin, 12. Dez. Der Zusammentritt der Friedenskonferenz wird nach einer Pariser Zeitungs- meldung bis Ende Januar verschoben.

Berlin, 12. Dez. Der „Vorwärts“ erklärt, die Entente verneht, die junge deutsche Republik von zwei Seiten zwischen die Finger zu nehmen und zu quetschen. Ihre Organe halten Deutschland als von wilder Anarchie zerissen und fordern da- her den Einmarsch der alliierten Truppen als Po- lizeimacht und zur Sicherung der finanziellen An- sprüche. In der „Deutschen Allg. Hg.“ wird ge- schrieben: Eine ungeheure sittliche und geschichtliche Verantwortung liegt heute auf den Schultern der Reichsleitung. Sie hat versprochen, allen Feinden der demokratischen Republik, mögen sie rechts oder links stehen, die Stirn zu bieten. Sie darf das tun, gestützt auf die ungeheure Mehrheit des Vol- kes und der zurückkehrenden Soldaten.

London, 12. Dez. Reuter meldet: Der Mi- nister für den Wiederaufbau, Dr. Addison, hat in einer Rede mitgeteilt, daß die Regierung Vorbe- reitungen treffe, die Demobilisierung zu beschleunigen. Es sollen 65-70 Prozent der in- und aus- ländischen Armee so rasch wie möglich abgerüstet werden. Die Regierung beachtliche die Ausfuhr- behinderung, soweit die Blockade und die Verpflich- tungen gegenüber den Alliierten das gestatten, aus dem Wege zu räumen. Es sind bereits Ausfuhr- verbote für 300 Arten von Waren aufgehoben worden.

amtliche Bekanntmachungen und Privat-Anzeigen.

Bekanntmachung

des Stellv. Generalkommandos 13. Armeekorps.

Mannschaften, die im öffentlichen Interesse sowie aus wirtschaftlichen oder häuslichen Gründen am 10. November noch vom Waffendienst zurückgestellt waren, solche, die als überzählig vorläufig entlassen wurden, und solche arbeitsver- wendungsfähigen Mannschaften, die noch nicht einberufen waren, haben sich in ihrem eigenen Interesse eine Bescheinigung des Bezirkskommandos zu verschaffen, daß sie aus dem Heeresdienst entlassen sind, bezw. noch nie gedient haben.

Die näheren Bestimmungen über Einsendung und Vor- lage der Militärpapiere erlassen die Bezirkskommandos für ihren Bezirk. In den Papieren der Zurückgestellten muß der letzte Ausweis über die Zurückstellung oder ihre Verlängerung vorn eingeklebt sein.

Mannschaften, die den Vermerk „D.U.“, „D. Kr.“ oder „dauernd kriegsunbrauchbar“ in ihren Papieren haben, brauchen ihre Papiere nicht vorzulegen, da dieser Vermerk genügt.

Die Jahrgänge 1898 und 1899 sind bei dieser Maßregel ausgenommen.

Es handelt sich hierbei nur um eine Befestigung der früheren Entlassung, Entlassungsgeld und Entlassungsanzug sind da- her nicht zu kündigen.

gez.: Linje, Bevollm. Mitgl. des Vd.-Ausfch. des Soldatenrates beim Stellv. Generalkommando XIII. (W.) A.R.

J. A.: gez. v. Stroebel, Generalmajor.

Neuenbürg.

Geschäfts-Empfehlung.

Der werter Einwohnererschaft von Neuenbürg zur Nachricht, daß ich meinen

Bäckerei-Betrieb

wieder eröffnet habe und bitte um geneigten Zuspruch.

H. Kirn, Bäckerei.

Oberamtstadt Neuenbürg.

Butter-Verkauf

am Samstag, den 14. Dez., vorm. 8¹/₂ Uhr für Nr. 401 bis 500, 9 Uhr für Nr. 501-600, 9¹/₂ Uhr für Nr. 601-731, 10 Uhr für Nr. 1 bis etwa 100.

Städt. Lebensmittelstelle Knobel.

Oberhausen. Unterzeichneter sucht einen fornungsfähigen

Zuchtfarren

14 bis 16 Monate alt. Adolf Schüttle, Farrenhalter.



Oberamt Neuenbürg.
Reichs-Reisebrotmarken.

1) Die auf 500 g Gebäck lautenden Reisebrotmarken sind von der Reichsgetreidestelle mit Wirkung vom 16. Dezember 1918 außer Kraft gesetzt, dürfen also von genanntem Tag an zur Erwerbung von Gebäck nicht mehr verwendet werden. An Verbraucher sind solche jetzt schon nicht mehr abzugeben.

2) Den Verbrauchern, welche bereits im Besitz von 500 g-Marken sind, dürfen diese durch die Kartenabgabestellen bis zum 15. Dezember einschließlich gegen 50 g-Marken umgetauscht werden. Die umgetauschten 500 g-Marken sind sofort zu vernichten.

3) Die 500 g-Marken, die nach dem 15. Dezember noch im Besitz der Kartenabgabestellen sind, müssen längstens bis 20. Dezember 1918 hierher vorgelegt werden, damit sie zum Ersatz liquidiert werden können.

Den 4. November 1918.

O.N.A. Gaifer.

Oberamt Neuenbürg.
Arbeitsvermittlung.

Auf die neu errichtete „Bezirksmeldestelle für Arbeitsvermittlung“ in Neuenbürg, deren Leitung vorläufig Herrn **Verwaltungsaktuar Trostiel** hier übertragen ist, wird wiederholt aufmerksam gemacht. Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden aufgefordert, von dieser öffentlichen Einrichtung regelmäßig Gebrauch zu machen. Die Arbeitgeber wollen alle offene Stellen in ihren Betrieben jeweils unverzüglich bei der „Bezirksmeldestelle für Arbeitsvermittlung“ in Neuenbürg anmelden.

Für die kaufmännischen und technischen Angestellten ist beim Landesamt für Arbeitsvermittlung ein Arbeitsnachweis errichtet worden, dessen Geschäftsräume sich im **Städtischen Arbeitsamt in Stuttgart, Schmalestraße 11**, befinden.

Den 11. Dez. 1918.

O.N.A. Gaifer.

Photographische Aufnahmen
in Neuenbürg
am Montag, den 16. Dezember.
Karl Blumenthal.

Geschäftshaus mit Wohnung,
Laden, Magazin und Räumlichkeiten für größeren Geschäftsbetrieb
in Neuenbürg

in günstiger Lage von solidem Unternehmern zu kaufen gesucht. Angeb. unter **X Y 50** erbeten an **Rudolf Hoffe, Stuttgart.**

Geschäfts-Empfehlung.

Vom Felde zurück teilen wir unserer werten Kundschaft mit, daß wir uns associert und die Praxis wieder in vollem Umfang übernommen haben.

R. Bindewald u. H. Heimerle,
Zahntechniker,
Pforzheim, Schlossberg 19 (3 Minuten vom Bahnhof).

Pelze,

alle Fellarten,
in den neuesten
Formen, tadellose
Ausführungen,
sehr preiswert,
empfiehlt in grosser
Auswahl

Fritz Schumacher,
Pforzheim, Leopoldstr. 1.

NB. Sonntage vor Weihnachten
Geschäftszeit 11 bis 6 Uhr. :-:



Gröfßthal, den 12. Dezember 1918.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem uns so schmerzlich betroffenen Verluste unseres innigstgeliebten Sohnes

Muskellier

Friedrich Weif

erfahren durften, sagen wir auf diesem Wege herzlichen Dank. Insbesondere danken wir dem verehrlichen Gesangsverein und seinen Altersgenossen für ihr liebevolles Gedenken.

In tiefem Schmerz:
Familie Weif.

Neuenbürg.

Die Einleger der Württ. Sparkasse

werden ersucht, ihre bei mir lagernden **Einlageheine** noch im Laufe dieses Monats bei mir abzuholen.

Agent **Röck.**

Wildbad.

Am Samstag, den 14. Dezember 1918, abends 8 Uhr
in der Turnhalle

wird Herr **Landtagsabgeordneter Fischer**
aus Stuttgart über

„Der Wiederaufbau Deutschlands
und das deutsche Bürgertum“

sprechen.
Die Einwohnerschaft Wildbads und der Umgebung, auch Frauen, werden hierzu freundlich und dringend eingeladen.

Deutsche Demokratische Partei.

Neuenbürg.

Aus dem Heeresdienst entlassen, habe ich
meine Praxis wieder aufgenommen.

Dentist Gg. Schneider,
Hauptstr. 46 (Schwanen).

Georg Wackenhuth, Masch.-Werkstätte Calw

empfiehlt sich zur

Renanfertigung und Reparatur von Maschinen
und **Transmissionen für Industrie und**
Landwirtschaft,

Ausführung von Eisenkonstruktionen, Schlosser-
arbeiten, Installation von Wasser-, Gas-,
Dampf-Leitungen, Heizungen, sowie
elektrischen Installationen.

Bruchleidende

bedürfen kein so schmerzhaftes Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe verschwindend kleines, nach Maß und ohne Feder, Tag und Nacht tragbares, auf seinen Druck, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidens selbst verstellbares

Universal-Bruchband

tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Leiden entsprechend herstellbar ist.

Mein Spezial-Vertreter ist am **Dienstag, den 17., abends von 8-8**
und **Mittwoch, den 18. Dez., morgens von 8-9 Uhr** in **Neuen-**
bürg **Galkhof** **Bären** **Post** und **Dienstag, den 17., mittags von 1 bis**
4 Uhr in **Wildbad** **Hotel** **Kühler** **Brunnen** mit **Muster** **vor-**
wählter **Bänder,** sowie **H. Gummi- und Federbänder,** neuesten Systems, in
allen Preislagen anwesend. **Muster** in **Gummi, Hängeleib-, Leib- und**
Unterwiesch-Banden, wie auch **Geradehalter** stehen zur Verfüg-
ung. Neben **saftgemäßer** **versicherter** auch **gleichzeitig** **strenge** **diätetische**
Behandlung.

Hh. Steuer Sohn, Bandagist u. Orthopädist, **Ronflanz i. Baden,**
Wessenbergstraße 15, Telephon 515.

Ein zuverlässiges, fleißiges,
sauberes

Mädchen,

das im Kochen, sowie in häus-
lichen Arbeiten gut bewandert
ist, von gutem Ruf, womöglich
Mitte der 20er, findet gute
und dauernde Stelle bei hohem
Lohn.

Wo? sagt die Geschäftsstelle
d. Blattes.

Tüchtiges Mädchen

bei hohem Lohn und guter Be-
handlung sofort oder auf 1. Ja-
nuar gesucht.

Frau **Hans Hartmann,**
Pforzheim.

Ein schwarzes

Kostüm

(stärkere Figur), fast neu; ebenso
ein langer

Pelz

(Marabon) zu verkaufen.

Wildbad, Villa Toussaint.

Pferde-Verkauf.

2 Schimmel, 8 u. 10-jährig,
flotte, ausgezeichnete Gänger,
Braun-Wallach, 6-jährig, Reit-
und Wagenpferd, lammfromm,
ohne jede Untugend, unter Ga-
rantie preiswert abzugeben. Für
Arzt, Oberförster, Gärtnerei usw.
besonders geeignet.

Bahn-Hotel Herrenalb,
Telefon 20.

Eine junge Kuh,

noch 5-6 Liter Milch gebend,
hat zu verkaufen.

L. Waidner z. „Sch. Aussicht“,
Herrenalb.

Ottenhausen.

Eine gute

Kuh- und Fahrkuh

hat zu verkaufen

Philippine Uebethör.

Bestellungen auf

Stempel

jeder Art

nimmt bei raschster Lieferung
entgegen

G. Nech'sche Buchhandlung,
Zuh. D. Strom.

Totenkränze

schöne Kriegerkränze
Sterbewäsche

empfiehlt in großer Auswahl zu bil-
ligen Preisen

A. Maischhofer,
Pforzheim, Bahnhofstraße 3.

Für den Weihnachtstisch
bestimmte Bücher

bitten wir frühzeitig, möglichst
schon jetzt zu bestellen, da
viele Bücher vergriffen sind und
der Verkehr auf dem Bücher-
markt sehr erschwert ist.

Gleichzeitig machen wir auf
unsere reichhaltige Auswahl in:

Büchern aller Art,
Jugendchriften
und Bilderbücher

ergebenst aufmerksam.

G. Nech'sche Buchhandlg.



Aufruf der Württembergischen Bürgerpartei

Deutsche Männer! Deutsche Frauen!

Des Vaterlandes heilige Not pocht an unsere Herzen und rüttelt an unserem Gewissen. Unser stolzes deutsches Reich, das Lebenswerk unseres Bismarck, ist zertrümmert. Unordnung, Klassenherrschaft und Gewalt triumphieren. Das Gebot der Stunde war der Zusammenschluß des gesamten deutschen Bürgertums. Die Demokratie hat ihn verweigert. Nun soll sich die Sammlung des Bürgertums unter der Fahne der Württembergischen Bürgerpartei vollziehen.

Unter dieser Fahne sammelt euch! Stehet auf! Einiget euch!

Lasset uns die alten guten Bürgertugenden verteidigen, ein lebensvolles Christentum wahren! Haltet hoch die heiligen Güter der Ordnung und Freiheit, der Wahrheit und Gerechtigkeit! Hütet deutschen Geist und deutsche Art!

Im Glauben an des deutschen Volkes Zukunft wollen wir aus dem Jammer der Gegenwart unser geliebtes Vaterland zu besseren Zeiten herausführen und kraftvoll arbeiten an seinem Wiederaufbau, **furchtlos und treu!**

Die Ziele, die wir erstreben, sind im einzelnen folgende:

1. Verfassungs- und auswärtige Politik.

Wir fordern eine geordnete, starke und gesicherte Staatsregierung im Land und im Reich; sie ist die notwendige Voraussetzung für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau. Wir sind bereit, auf dem Boden jeder Staatsform mitzuwirken, in der Recht und Ordnung herrschen.

Wir weisen jede Diktatur oder Bevorzugung einer einzelnen Volksklasse zurück und wollen alle Bürger und Stände gleichmäßig an der Gesetzgebung und Vollziehung beteiligen.

Wir vertreten mit Entschiedenheit den Reichsgedanken, wollen aber die Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit der Bundesstaaten und die Eigenart der deutschen Stämme erhalten. Wir erwarten, daß die Regierungen auf den baldigsten Abschluß eines Friedens hinwirken, der die Vereinigung aller deutschen Stämme im Verband des Reiches gewährleistet. Jeden Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden lehnen wir entschieden ab.

Wir unterstützen die vorläufigen Regierungen und fordern, daß mit der allergrößten Beschleunigung Landes- und Reichsversammlung zusammentreten, um unabhängig über die Verfassung zu entscheiden und zu beschließen.

Wir treten jedem Internationalismus entgegen, der das Wohl des eigenen Volkes hintansetzt. Wir unterstützen jedoch das Bestreben nach Schaffung eines ehrlich gemeinten Völkerbundes unter der Voraussetzung, daß er dem deutschen Volk volle wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsfreiheit wahrt. Gegenseitigkeit in der Behandlung und im Austausch der Kriegsgefangenen ist als wesentliche Voraussetzung eines Friedens der Gerechtigkeit anzustreben.

2. Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Wir wollen jede ehrliche deutsche Arbeit in Stadt und Land schützen und den Aufstieg der Begabten und Tüchtigen aus allen Ständen mit allen Kräften fördern. Wir wollen den Bauernstand als den Jungbrunnen der deutschen Volkskraft und als die sicherste Quelle unserer Ernährung kräftig und gesund erhalten. Wir wollen uns mit aller Kraft des Handwerks wie des ganzen gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes annehmen, der im Krieg am schwersten mitgenommen und auch weiter durch die sozialistische Wirtschaftsordnung von der einen und durch das Großkapital von der anderen Seite bedroht ist.

Wir stehen auf dem Boden des Privateigentums und der Privatwirtschaft und lehnen bei allem Verständnis für soziale Bedürfnisse den Kommunismus ab. Wir erstreben den Abbau der Zwangswirtschaft und die baldige Beseitigung der Kriegsgesellschaften. Sollten an größeren Erwerbsunternehmungen, insbesondere an Privatmonopolen Reich, Staat und Gemeinde beteiligt werden, so treten wir dem nicht entgegen, sofern dabei die Latkraft des Unternehmers nach Möglichkeit gewahrt und die Leistungsfähigkeit des Betriebes nicht herabgemindert wird.

Unsere Sozialpolitik wollen wir ausbauen; den Angestellten und Arbeitern soll das Koalitionsrecht gesichert werden. Der Kleinwohnungsbau ist mit allen Mitteln zu fördern. Der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen wollen wir uns mit allem Nachdruck annehmen. Eine Aufteilung geeigneten Großgrundbesitzes ist uns namentlich für die Kriegsteilnehmer zum Zweck kleinbäuerlicher Siedelung erwünscht. Enteignungen sind nach den Grundsätzen gerechten Ausgleiches zu entschädigen.

Den Beamten samt den Offizieren und Unteroffizieren, den Geistlichen, Lehrern und staatlichen Angestellten und Arbeitern, sowie ihren Hinterbliebenen wollen wir ihre gesetzlichen Ansprüche und Anwartschaften unverkürzt erhalten. Ihr außerdienstliches Wirken, insbesondere in politischer Hinsicht, darf keinerlei obrigkeitlicher Beeinflussung unterliegen. Bei Besetzung der Beamtenstellen soll nur die Tüchtigkeit des einzelnen maßgebend und jede Parteipolitik und Betriebenwirtschaft ausgeschlossen sein. Das Beamtentum und das Staatsarbeiterrecht sind in neuem Geiste zu gestalten.

3. Finanzpolitik.

Der unglückliche Ausgang des Krieges hat eine ungeheure, furchtbare Steigerung der Steuerlast zur Folge; sie muß getragen und zwischen Reich, Einzelstaaten und Gemeinden zweckmäßig ausgeglichen werden. Wir erstreben ihre gerechte, der Leistungsfähigkeit angepasste Verteilung unter Berücksichtigung der Kinderzahl. Vor allem sind die Kriegsgewinne scharf zu erfassen; Kleinbürgerliches Vermögen ist zu schonen. Der Verschleppung des Kapitals ins Ausland ist mit allen Mitteln vorzubeugen. In dem bäuerlichen Besitz, wie in dem werbenden und schaffenden Kapital in Industrie, Handel und Gewerbe sehen wir die Grundlage aller wirtschaftlichen Entwicklung; sie sind deshalb vor der Auflage unerträglicher Lasten zu schützen und für den Wettbewerb mit dem Ausland leistungsfähig zu erhalten.

Die indirekten Steuern, insbesondere auf entbehrliche Genußmittel, und die Ausgestaltung der Luxussteuern sind daher auch bei dem Ausbau der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern nicht zu entbehren.

Wir treten entgegen allen Bestrebungen, eine geordnete Finanzwirtschaft aufzuheben, insbesondere einer Entwertung der Kriegsanleihen und einer Beschlagnahme der Bankguthaben und Spartaseneinlagen.

4. Kulturpolitik.

Die Freiheit der Person und der Meinungsäußerung, sowie die Freiheit der Wissenschaften sind verfassungsmäßig festzulegen. Wir treten für die Gewissensfreiheit ein und verlangen, daß sich der Staat jedes Eingriffs ins kirchliche Leben enthalte; eine etwaige Ausscheidung des Kirchenvermögens soll in gerechter und wohlwollender Weise durchgeführt werden. Wir treten ein für zeitgemäße Fortentwicklung des Schulwesens.

Die sittlichen und religiösen Grundlagen unseres Volkslebens müssen erhalten bleiben; daher treten wir mit allem Nachdruck für die religiöse Erziehung der christlichen Jugend ein, ohne Gewissenszwang Andersdenkenden gegenüber, für den Schutz der Ehe und der Familie, für den Kampf gegen die sittliche Verwilderung des Volkes.

Die Mitarbeit der Frau im öffentlichen Leben, unter voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung halten wir für geboten.

Deutsche Männer! Deutsche Frauen!

Wer unseres Sinnes, unseres Geistes ist, trete in unsere Reihen und melde sich als Mitglied bei der Geschäftsstelle, Gymnasiumstraße 25 I, Stuttgart oder bei Fr. Keppler, Sägewerksbesitzer, Calmbach.